

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1920

231 (5.10.1920)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Verlagspreis: Durch unsere Träger 5.— M. einschl. 80 3 Zustellgebühr; bei Abholung in der Geschäftsstelle und in Abgaben 4.60 M.; durch die Post bezogen 4.80 M., ohne Ausgabe- u. Bestellgebühr, monatl. Einzelempl. 25 P.

Ausgabe: Verlags mittags. Geschäftsstelle und Redaktion: Ruffenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die 1spaltige Kolonelle 1.— M. Die 2spaltige 1.50 M.; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmeschluss 1/2 9 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Die Kartoffelwirtschaft im Jahre 1920

Aus dem Ministerium des Innern wird uns geschrieben: Der Landwirtschaft wurde im März d. J. für die Ernte 1920 von der Reichsregierung ein Kartoffel-Mindestpreis von 25 M. pro Zentner garantiert, um zum Anbau von solchen einen Anreiz zu geben. Die Versorgung der Bevölkerung mit Kartoffeln im Winter 1919/20 war durch einen unter den Gewährungsleistungen liegenden Preis von 7 M. für den Zentner eine vorantunzulängliche gewesen, das bekanntlich im letzten Frühjahr unter Aufwendung hoher Kosten für das Reich wie für die Verbraucher im Ausland große Mengen Kartoffeln gekauft werden mußten.

Um dieser Notlage nicht wieder ausgesetzt zu werden, forderte im Frühjahr der deutsche Städtetag die Durchführung von Lieferungsverträgen mit der Landwirtschaft unter Gewährleistung besonderer Aufschläge. Auf Vorschlag des Städtetages wurde der Landwirtschaft für vertraglich übernommene Lieferungen ein Preiszuschlag von 5 M. pro Zentner und für den Antransport zur Bahn eine Lieferungsgebühr von 1.75 M. pro Zentner angedungen. Für diese Zuschläge hat der Landwirt die zur Ablieferung fest zugelegten Kartoffeln pfleglich zu behandeln, auszuwässern und bis zum Abwurf seitens der Besteller zu lagern.

Die Lieferungsabfälle erhielten für die Landwirtschaft sowohl wie für die Besteller (Gemeinden, Kommunalverbände, Fabriken) privatrechtlichen Charakter; aus ihm entspringt für beide Teile Klagenrecht.

Mit der Aufhebung der Zwangswirtschaft für die Kartoffelversorgung rüttelte die Reichsregierung an diesen Lieferungsabfällen resp. Verträgen nicht. Den für Vertragsabfälle maßgebenden Grundsat von Treu und Glauben wollte sie nicht verletzen. Auch die unter Leitung der Reichsregierung am 2. September 1920 zwischen der deutschen Landwirtschaft und den Spitzenleitungen der Arbeiter- und Angestelltenverbände geführten Verhandlungen führten zu keiner Preisgabe dieses Standpunktes. Die Arbeiter- und Angestelltenführer haben nach Lage der Sache ausdrücklich die für die Lieferungsverträge maßgebenden Aufschläge anerkannt.

Aus den gleichen Erwägungen wurde auf der am 1. Oktober 1920 in Berlin stattgefundenen Konferenz der Ernährungsminister ein Antrag Wabens, die über 25 M. hinausgehenden Aufschläge zu beseitigen, die Zustimmung verweigert. Jedoch wurde lediglich die Prüfung der Frage, ob diese Aufschläge auf die Reichsfläche übernommen werden können und weiterhin wurde dem Reichsverkehrsministerium ein Antrag überreicht, für den Kartoffelverkehr den Frachttarif herabzusetzen.

Die zwischen den großen Produzenten- und Verbraucherverbänden des Reiches und dem volkswirtschaftlichen Ausschuss des Reichstages getroffenen Abmachungen gehen nun also dahin, erstens, daß zwar der für Lieferungsbedingungen maßgebende höhere Preis bestehen bleibt, zweitens, daß bei allen übrigen Kartoffelverläufen aber der Preis von 25 M. nicht überboten bzw. überfordert werden darf. Lieferungsbedingungen sind in Süddeutschland insbesondere in Baden seitens der Landwirtschaft nicht getätigt. In Baden wurde bereits im Sommer dieses Jahres die Kartoffelwirtschaft als frei erklärt. Es wird zwar der Großhandel mit Kartoffeln wie der Bahntransport von solchen behördlich überwacht. Doch darüber hinaus bewegt sich der Verkehr zwischen Produzenten und Verbraucher fast völlig frei. Den Organisationen der Verbraucher wurde dringend nahegelegt, sich mit jenen der Produzenten hinsichtlich des besten Verkehrs mit landwirtschaftlichen Produkten zu verständigen, was auch verschiedentlich mit vollem Erfolg besorgt wurde. Gleichwohl muß leider festgestellt werden, daß ein erheblicher Teil der Verbraucher und der Produzenten, auch ein Teil des Handels, nicht mehr die Kraft haben, die ausgebrochene „Kartoffelplünderung“ zu meistern. Aus diesem Grunde hat die vom Ministerium des Innern nach Karlsruhe berufene Konferenz einen bemesslichen Kartoffelpreis von 22 bis 25 M. als Mindestpreis erklärt. Um der Gerichtsbarkeit die Möglichkeit zur strafrechtlichen Verfolgung zu geben, wenn dieser Preis nicht beachtet wird, werden die Kommunalverbände gut tun, auch ihrerseits diesen Mindestpreis ausdrücklich zu übernehmen. Der Verwalter des Landes erwidert hieraus die Möglichkeit, unzulässige Händler aus dem Kartoffelgeschäft zu entfernen. Da, wie bereits bemerkt, Lieferungsverträge mit der Landwirtschaft in Baden nicht abgeschlossen sind, hat kein Landwirt ein Recht, sich auf die für Lieferungsbedingungen maßgebenden höheren Preise zu berufen.

Wer höhere Preise fordert und mit dem Verkauf von nicht für seinen eigenen Verbrauch bestimmten Kartoffeln zurückhält, riskiert Auslieferung und Enteignung.

Wer höhere Preise bietet, macht sich strafbar. Staatsanwaltschaft und Landespreiskommission schreiten unnaahsichtlich ein.

Wer schnell abliefern und dadurch hilft, die Not in den Städten zu bannen, der sichert dem Land die Ruhe und dem Volk den sozialen Frieden.

Der Preis von 25 M. für einen Zentner Kartoffeln ist demnach hoch, daß arme Arbeiterfamilien, kleine Pensionäre und Rentner sowie Gewerkschaften sich die Kartoffelzubereitung nur schwer beschaffen können. Hier sollte die Landwirtschaft aus freien Stücken helfend eingreifen, indem sie im Umkreisverfahren ein beschränktes Quantum Kartoffeln zu herabgesetzten Preisen den städtischen Behörden zur Verfügung stellt.

Im übrigen aber ist die tatsächlich vorhandene Notwendigkeit der Verbraucher höchst ungerechtfertigt. Die Kartoffelernte hat erst begonnen; sie ist in Süddeutschland verhältnismäßig gut. Das Geschäft des Einkauers von Kartoffeln wickelte sich von jeher immer erst von Mitte Oktober an ab. Das Hauptgebot der Stunde ist deshalb: Besonnenheit! Ruhiges Abwarten! Je mehr die Städte aus Land hinausströmen und dem Landwirt Angebote machen, desto größer wird die Gefahr des Sinkens der Preise in Erscheinung treten.

Eine Beleidigungsklage des Reichspräsidenten

München, 4. Okt. Vor dem Schwurgericht in München findet am Mittwoch ein Beleidigungsprozess des Reichspräsidenten gegen den Redakteur des „Blattes“ „Phosphor“, Presta, statt. In dem unter Anklage gestellten Artikel war behauptet worden, der Reichspräsident führe ein ausschweifendes Leben und scheue sich nicht, zweifelhafte Nachtloale aufzusuchen. Dem Reichspräsidenten, der von dem demokratischen Abgeordneten Rechtsanwalt Konrad Hausmann verteidigt wird, liegt daran, die Haltlosigkeit dieser Verdächtigungen nachzuweisen.

Brüsseler Konferenz, Frankreich und Deutschland

Brüssel, 4. Okt. In einer Besprechung der Brüsseler Konferenz schreibt die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, die Konferenz sei nicht die Konferenz der Ohnmacht geworden, aber auch nicht die Konferenz, wo Deutschland eine neue Jeremiade mit Apollon an Europa gegen seine Gläubiger antimmte. Europa müsse versuchen, sich selbst zu helfen. Man müsse den gegebenen politischen Verhältnissen in weitestem Maße Rechnung tragen. Frankreich sei die größte Kontinentalmacht geworden. Es verjude durch sein Verhältnis mit Belgien seine Politik im Osten, auf dem Balkan und gegenüber England auch da zu stabilisieren, wo Ludwig XIV., Napoleon und Napoleon es vergeblich unternahm. Die Anrede über die französischen Pläne liege auf Europa wie ein Alp. Die wirtschaftliche Lage Deutschlands sei furchtbar. Wo bleiben die Ausführungen der Versprechungen bezüglich Obersteiens und der Kohlenversorgung von dort, wo die Ausführung bezüglich der Konferenz in Gen? Deutschland werde loyal sein bis zum äußersten, aber das deutsche Volk erwarte von seinen Leitern, daß sie Frankreich von seinem eigenen Vorteil überzeugen. Eine Nation müsse leben, wenn sie sich nicht selbst aufgeben wolle. Deutschland sei unmittelbar vor dem Ruin, wo es sich um Sein oder Nichtsein entscheide. Die Verhandlungen mit Frankreich würden zeigen, ob man dort die Wahrheit dieses Satzes verstehe.

Die Entwaffnungskaktion

Hamburg, 5. Okt. Der Reichskommissar für die Entwaffnung der Zivilbevölkerung Dr. Peters betonte in einer Unterredung, daß die Methode der freiwilligen Ablieferung unter Aufsicherung der Straffreiheit und Bezeichnungsgewährung sich durchaus bewährt habe. Man könne feststellen, daß die bisher bekanntgewordenen Zeitergebnisse befriedigten. Der Zeitpunkt, an dem die von den Leitungen der Grenzschutzorganisationen und Einwohnerwehren angemeldeten Waffenbestände abgeliefert sind, würde von Fall zu Fall im Einvernehmen mit den Landesbehörden festgesetzt. Die schweren Waffen dieser Organisationen wie Gewehre, Minenwerfer, Flammenwerfer und Maschinengewehre würden im Oktober eingezogen.

Aus der U. S. P.

Berlin, 5. Okt. Die „Freiheit“ veröffentlicht vorläufige Ergebnisse der hiesigen Urwahlen innerhalb der U. S. P. D. über die Stellungnahme zu den Moskauer Bedingungen. Darnach ergeben sich in Berlin bis jetzt 18 849 Stimmen für und 12 506 gegen die Bedingungen. In den übrigen Kreisen und Städten, aus denen Wahlmengen vorliegen, schwanken die Majoritäten.

Dannover, 5. Oktober. Reichstagsabgeordneter Aderhold, Anhänger der Moskauer Bedingungen, ist in Hannover aus der U. S. P. ausgeschlossen worden.

Die Versicherungs-Gesellschaft „Viktoria“ schließt den Direktionsbetrieb

Berlin, 4. Okt. Der Arbeitgeberverband deutscher Versicherungsunternehmen (E. V.) teilt mit: Die Viktoria zu Berlin, Allgemeine Versicherungs-Gesellschaft, und die Vitoria-Feuerversicherungs-Gesellschaft seien sich gezwungen, ihre Berliner Direktionsbetriebe geschlossen zu halten, da die Beamtenschaft durch Demonstrationen und Ausübung passiver Resistenz eine getragene Fortsetzung des Betriebes unmöglich macht.

Streiks in Indien

London, 5. Okt. (Agence Havas.) Man meldet der „Times“ unter dem 1. Oktober aus Bombay, die Streikepidemie dehne sich immer weiter aus. Die Arbeiter der Gasanstalt haben ihre Arbeitsstätte verlassen. Die Stadt liegt im Dunkeln. Ferner wird der „Times“ aus Kalkutta gemeldet: Sehr ernsthafte Streiks sind in dem Distrikt Lakshimpur in der Provinz Assam ausgebrochen, wo die eingeborenen Beamten der Teeplantagen in den Streik getreten sind und eine Lohnerhöhung verlangen. Sie griffen 5 Europäer an und schlugen sie nieder. Zahlreiche Lager von einheimischen Tees wurden geplündert.

Die Juwelen der Filmkünstlerin

Berlin, 5. Okt. Der Filmschauspielerin Pola Negri wurden gestern Abend während ihrer Abwesenheit von ihrem Hotelzimmer Schmuckgegenstände und Pelze gestohlen, die einen Gesamtwert von etwa einer Million haben.

Die Deutsche Volkspartei trumpft auf

Berlin, 5. Okt. Einer Mitteilung der nationalliberalen Korrespondenz aus Weimar ist zu entnehmen, daß bei den Verhandlungen der Fraktion der deutschen Volkspartei die Nachricht der Aulöserauslösung der preussischen Landesversammlung habe beschlossen, die Neuwahlen zum preussischen Abgeordnetenhaus erst drei Monate nach der Verabschiedung der preussischen Verfassung stattfinden zu lassen, einmütig der Auffassung begegnete, daß ein derartiges Hinausschieben der Preussischen Wahlen eine unmögliche Situation schaffe. Die preussische Regierung verfüge über keine Mehrheit in der preussischen Wählerkammer und mache sich deshalb mit Unrecht an, grundlegende Gesetze wie beispielsweise diejenigen der Kreis- und Provinzialbehörden herabschieben zu können. Angesichts der demnächst bevorstehenden Wahl des Reichspräsidenten beantragte die Fraktion, daß der Parteivorstand sich wegen Einigung über eine auf nationalem Boden stehende Personlichkeit mit den anderen Parteien und den großen Organisationen des Reiches in Verbindung setze. Die Fraktion hält an der gegenwärtigen Koalitionsregierung fest.

Wirtschaft, Horatio, Wirtschaft!

Von der Sparbarkeit im Reich

Der Herr Reichsfinanzminister hat wieder einmal ein großes Sparbarkeitsprogramm entwickelt, und wir zweifeln nicht, daß es ihm damit ernst ist; denn die entsetzliche Finanzlage des Reiches zwingt in der Tat zur äußersten Sparbarkeit. Wohl aber zweifeln wir nach all den gemachten Erfahrungen daran, daß es dem Finanzminister gelingen wird, den Widerstand der verschiedenen Ressorts gegen seine Sparbarkeitspläne zu überwinden. Bisher wenigstens sind für die Sparbarkeit nur Worte gemacht worden, aber die Wirtschaft aus dem Vollen ist seit Kriegsanfang überall die gleiche geblieben.

Jetzt scheint man sich auf die militärischen Abwicklungsstellen stützen zu wollen, deren Abwicklungsetat im Jahre 1920 noch immer 3 1/2 Milliarden Mark verschlingt. Aber der überwiegende Teil dieser Ausgabe dürfte zwangsläufig sein, so z. B. die hohen Kosten für Durchführung der Kriegsgefangenen und Abgeltung aus Kriegsverträgen. Der verheerende Beamtenstaat der Abwicklungsstellen erfordert etwa 600 Millionen Mark. Das ist natürlich auch ein schöner Brocken. Wir hätten eine Reihe von Vorschlägen zu unterbreiten, durch deren Beachtung er sich verdient machen könnte.

Da sind zunächst die Kriegsgesellschaften. Das Geschrei gegen sie war zu neun Zehnteln Demagogie. Aber wenn die Zwangswirtschaft einmal auf irgend einem Gebiet aufgehoben ist, dann kann unserer Meinung nach auch die Kriegsgesellschaft recht rasch verschwinden. Will man eine planmäßige Bewirtschaftung der notwendigen Lebensmittel fortsetzen, so muß man ohnedies die Organisation viel klarer, klarer und einheitlicher wieder aufbauen.

In der Abwicklung der ehemaligen Schutztruppe, der Zivilverwaltung Brüssel, Warschau und Litauen und der Kolonien sind noch hundert und aberhundert von Beamten und Angestellten beschäftigt und trotz aller gegenteiligen Erklärungen kommt die Abwicklung nicht zu Ende.

Ein großer Teil der Beamten des alten Kolonialministeriums hat sich in das Wiederaufbauministerium geflüchtet, das seit seiner Gründung ein krankes Kind ist. Man sollte es schleunigst beseitigen und dem Reichswirtschaftsministerium angliedern. Fast im vollen Umfang gilt das gleiche für das Reichschatzministerium, das bisher den Beweis für seine Notwendigkeit auch schuldi geblieben ist.

Ueberhaupt beschäftigen sich mit der Wirtschaftspolitik ungefähr neun Ressorts, in der Hauptsache Reichswirtschaftsministerium, Reichsfinanzministerium, Reichschatzministerium, Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft, Reichsarbeitsministerium, Reichsministerium für Wiederaufbau, Reichsministerium des Innern, Reichsverkehrsministerium und Reichsministerium des Neuherrn. Natürlich reden von Zeit zu Zeit auch andere Ressorts herein. Es versteht sich von selbst, daß durch diese Ueberorganisation die Entscheidung in allen wirtschaftlichen Fragen maßlos verzögert wird und die Einheitlichkeit in der Wirtschaftspolitik des Reiches nicht herbeizuführen ist. Die Bearbeitung jeder einzelnen Frage in einer ganzen Anzahl von Ressorts erfordert einen ungeheuren Apparat von Beamten und Angestellten, der natürlich furchtbar viel Geld verschlingt.

Ein wahrer Wasserkopf ist auch das Reichswehrministerium. Trotz der Beschränkung der Reichswehr auf 100 000 Mann ist der Verwaltungsapparat noch immer auf ein mächtiges Herr zugeschnitten. Auch die militärischen Nachrichtenstellen sind noch immer nicht verschwunden.

In weitem Umfang unterbleibt der Abbau des Beamtenkörpers, weil man die Beamten irgendwie beschäftigen will, und nicht recht weiß, wo man sie sonst unterbringen soll. Aber der Herr Reichsfinanzminister sollte durchsehen, daß sich überall die Erkenntnis verbreitet: es ist billiger tausend Beamte auf Wartegeld zu setzen, als sie in irgendeinem Ministerium unherwirksam und nur neue Kosten verursachen zu lassen.

Das ist nur ein kleiner Ausschnitt aus einem Anfangsprogramm der Sparbarkeit, wie es ein tüchtiger Reichsfinanzminister nicht etwa aufstellen, sondern durchführen müßte. Ob Herr Dr. Wirth dazu die Kraft hat? Die Ergebnisse werden es lehren. Einstweilen fürchten wir, daß er auf diesem Gebiete ebenso verfahren wird, wie bei der Einziehung der Steuern vom Volk, ebenso wie das bürgerliche Kabinett auf allen anderen Gebieten alle Hoffnungen, Erwartungen und Versprechungen unerfüllt gelassen hat.

Das neue preussische Wahlgesetz

Das preussische Staatsministerium hat den vom Ministerium des Innern eingereichten Entwurf zu einem Wahlgesetz für den Preussischen Landtag angenommen. Es wurde lediglich eine Modifikation vorgenommen. Während man ursprünglich geplant hatte, auf je 44 000 Stimmen ein Mandat entfallen zu lassen, hat man die Durchschnittsziffer auf 50 000 erhöht. Diese Zahl würde unter der Voraussetzung, daß jetzt 80 Proz. Wähler ihr Wahlrecht ausüben, 300 Abgeordnete ergeben.

Die andere Veränderung des Gesetzentwurfs liegt in dem Prinzip der kleinen Wahlkreise. Zur verfassunggebenden Landesver-

sammlung wurde in 28 großen Wahlkreisen gemäß, die vielfach mit den einzelnen Provinzen zusammenfielen. Jetzt will man 74 Wahlkreise schaffen und dadurch vermeiden, daß ein politisch und wirtschaftlich zusammengehörendes Gebiet zersplittert wird. Neben diesen 74 Wahlkreisen werden 19 Verbandswahlkreise zugelassen. In der Begründung heißt es über die kleinen Wahlkreise unter anderem:

„Das Prinzip der kleinen Wahlkreise, die dann in der daneben bestehenden Einrichtung des Wahlverbandes eine Ergänzung und ein Korrektiv finden, bietet vor allem auch den Vorzug der Elastizität. Es überläßt es dem Ermessen der Wählergruppen, ob sie einen Wahlkreisvorsitz ausüben oder sich mit gleichgesinnten benachbarten Wahlkreisen zur Einreichung eines gemeinschaftlichen Wahlvorschlages verbinden wollen. Es wird weiter sowohl dem Bedürfnis enger Fühlungnahme zwischen dem Abgeordneten und seinen Wählern Rechnung getragen, als andererseits da, wo es nötig erscheint, die Wahlhandlung von der Notwendigkeit eingehender Rücksichtnahme auf rein örtliche Verhältnisse und Interessen befreit. Endlich wird der Grundgedanke der Unmittelbarkeit der Wahlen insofern besonders wirksam gewahrt, als bei keinem anderen System für die Wahl im Wege der Landesliste ein so geringer Raum noch übrig bleibt, als bei diesen. Der gegen die Einführung der Landeslisten erhobene Einwand, daß dadurch einzelne Abgeordnete unmittelbar durch die Parteien ernannt werden, wird so bis zur Bedeutungslosigkeit entkräftet.“

Deutschnationale Sehnsucht nach kommunistischen Methoden

In einem Artikel, der laut Ankündigung als Flugblatt über den Reichstag verbreitet werden soll, lesen wir folgende Sätze: „Ich bin der Meinung, daß der gesamte deutsche Sozialismus von Grund auf unendlich ist, weil er sich nicht dem marxistischen Programm zu Ende zu denken. Lenin und Trotzki haben es zu Ende gedacht. Die Entwicklung wird unaufhaltsam zu einer reinlichen Scheidung der Geister führen.“

Welcher Kommunismus, so fragt man wohl, hat dies geschrieben? Dieser Kommunismus ist — der deutschnationale Abgeordnete Heinrich Wulle, der auf dem äußersten rechten (deutschvölkischen) Flügel seiner Partei steht. Man sieht hier wieder einmal, wie die Extreme sich berühren. Herr Wulle, der fanatische Antideutsche, macht Neid für die Konsequenz und Prinzipienfestigkeit der Kommunisten. Den Grund dafür ein Blinder mit dem Krüden. Herr Wulle und seine Artgenossen wäre es natürlich unendlich lieb, wenn die gesamte Arbeiterschaft auf die kommunistischen Forderungen hinhinwäre. Denn dann hätten die Deutschnationalen das Kampfziel, das sie sich wünschen, dann wäre es ihnen in kurzer Zeit möglich, die deutsche Republik in ein Ost-Ungarn zu verwandeln.

Die Arbeiter aber mögen daraus erkennen, wie viel unangenehmer und beschwerlicher der Reaktion die den Faschisten angelegte Taktik der Sozialdemokratie ist als das blinde Leben und Wüten der Kommunisten.

Ein Aktionsprogramm der Scharfmacher im Unternehmertum

Der „Vorwärts“ ist in der Lage, ein Geheimzirkular zu veröffentlichen, das zeigt, was die Scharfmacher im Unternehmertum vorhaben. Es lautet:

Die Lohnpolitik der nächsten Zeit muß in erster Linie ein weiteres Steigen der Löhne verhindern. Die von der Vereinigung ausgegebene Parole, keine Lohnsenkung zu bewilligen, ist im allgemeinen befolgt worden, auch Behörden und Schlichtungsausschüsse haben sie sich zu eigen gemacht. Seitens der Arbeitnehmerschaft ist die Revolution natürlich heftig bekämpft worden, jedoch waren größere Streiks als Folge abgelehnter Forderungen selten. Wegen Zeitstreiks wird die Auswertung der Arbeiterschaft eines Bezirkes angetrieben. Sollten auch jetzt noch Schlichtungsausschüsse Lohnsenkungen bewilligen, so wird dringend empfohlen, den Schlichtungsbericht mit eingehender Begründung unter Hinweis auf die derzeitige wirtschaftliche Lage abzulehnen und gleichzeitig dem Demobilisationskommissar Kenntnis von der Ablehnung und ihren Gründen zu geben. Ein materieller Grund für weitere Lohnsenkungen besteht nicht, da nach statistischen Erhebungen die Ernährungs- und gesamten Lebensunterhaltungskosten in den zwei letzten Monaten erheblich gefallen sind.

Neue Tarife sollten keinesfalls abgeschlossen werden, ohne der Arbeit genügend Raum zu schaffen, volle Ausnutzung der 48stündigen Arbeitswoche zu ermöglichen. Auch das Reichsarbeitsministerium empfiehlt, Vor- und Abschubarbeiten außerhalb der regelmäßigen Arbeitszeit vornehmen zu lassen. Eine Reihe von Demobilisationskommissaren erteilt bereits generell

die Genehmigung für diese Ueberführung der achtstündigen Arbeitszeit. Hingewiesen wird ferner auf die Einführung von Qualitätsprämien, Ersparnisprämien für Rohstoffe.

Auch die Vergrößerung der Differenz zwischen der Entlohnung geleiteter und ungeleiteter Arbeiter ist anzustreben. Sie ist im Jahre 1919 teilweise bis zu 30 Prozent verringert worden; so stieg z. B. in der Berliner Metallindustrie der Lohn des ungeleiteten Arbeiters von 60,2 Prozent im ersten Vierteljahr 1919 dem Lohn des geleiteten Arbeiters auf 22,5 Prozent im ersten Vierteljahr 1920. Zur Vorbereitung des Lohnabbaues, mit dem am besten die Bergbau- und die chemischen Industrien beginnen würden, sind Propaganda in der Presse, Einwirkung auf die Gewerkschaftsführer und auf die Betriebsräte sowie Ueberweisung einschlägigen Materials an die Vorsitzenden der Schlichtungsausschüsse empfohlen. Der Abbau hat zunächst bei den Löhnen der Jugendlichen und Unverheirateten zu beginnen, deren Löhne relativ zu hoch sind. Die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände wird voraussichtlich den Verbänden noch eine genauere Darstellung dieser Fragen zugesenden lassen.

Aus diesem reizenden Aktionsprogramm werden die Arbeiter erkennen, was von Unternehmerseite geplant ist. Und die Herren sind bekanntlich auch entschlossen, ihre Projekte durchzuführen.

Der rasende radikale Wahnsinn Die Totengräberpolitik der Unabhängigen und Kommunisten

In der unabhängigen Berliner „Freiheit“ (Nr. 414 vom 2. Okt.) brandmarkt der Unabhängige Adam Ober die Tätigkeit der Unabhängigen und Kommunisten wie folgt:

Jahresziel war unser Kampftrupp im internationalen Proletariat, „Mischer der Kapitalismus, es lebe der völkerverfeindende Sozialismus“.

Heute haben wir viel wichtigeres zu tun, uns in Bruderparteien zu spalten und uns dann zu bekämpfen. Wenn jemals die Einigung der proletarischen Massen als dringend ernst betrachtet werden mußte, dann ist es jetzt. Aber wir bekämpfen uns und laum können noch die bewaffneten reaktionären Zivil- und Militärgewaltigen ihren Jubel unterdrücken, um den letzten und endgültigen Kampf gegen das deutsche Proletariat zu wagen.

Und wie? Was schert es uns, wir treiben Totengräberpolitik!

Es ist nicht der reine Anflug, wenn man mit dem bedeutungslosen Satz: „Es lebe die Diktatur des Proletariats“ herumwirft und Lustig die Macht, die man sich in der Partei und durch dieselbe geschaffen hat, auseinanderläßt? Eine so geistig arme Politik ist das, daß man glauben sollte, ein denkender Mensch könne dies nicht mitmachen. Mit Recht kann man sagen, daß wir nicht mit verbundenen Augen, aber mit gebundenen Händen in das kommunistische Himmelreich eingehen sollen.

Nicht als Brüder, als Gleichberechtigte, nein, als fix und fertige Kommunistenmasse. Wie vielen Genossen ist das schon klar geworden?

Parteiengenossen! Wenn man in Moskau erbliche sozialistische Politik treiben wollte, dann hätten wir heute nicht den Streit, für oder gegen Moskau. Wenn man revolutionäre sozialistische Politik und keine kommunistische Abbruchpolitik machen will, dann hätten wir heute schon eine starke, das internationale Proletariat umfassende 3. Internationale. Man scheint in Moskau in den alten Kasernenwahn verfallen zu sein und schreit in die Welt: „Ihr alle, die ihr nicht wachschneidende Moskauer Kommunisten seid, freßt diese Bedingungen oder dort ist die Tür.“

Das ist keine brüderliche, keine sozialistische Politik. Das sind Lubendorfsmanieren, weiter nichts. In Ausland mögen Parteigenossen sein die solche Politik rechtfertigen, das haben aber die russischen Genossen mit sich selbst abzumachen.

Nachdem die Unabhängigen in ihrer traurigen Verblendung die Sozialdemokratie zerrissen und einen Teil der Arbeiter durch Lügen und Infamien verhetzt haben schreiben sie jetzt angeht die Trümmer nach Einigung und gehen über die harte Moskauer Front. Sie aber waren es bisher, die Totengräberarbeit am deutschen Proletariat verrichtet haben.

Der Krakeel in der U. S. P.

Der Kampf um die Vereinskassen — Papierfolianten und politische Analphabeten — Gnadengesuche nach Moskau — Ein unabhängiges Geständnis — Die Volkswirtschaften erschrecken in Halle — Drohungen mit Erschießen gegen unabhängige Führer

Der Kampf in der U. S. P. ist jetzt soweit gediehen, daß nicht mehr um Meinungen, sondern nur noch um materielle Machtpositionen gestritten wird. In Berlin insbesondere geht das Ringen jetzt in den einzelnen Distrikten um die Vereinskassen, Mitgliederlisten, Parteibüros und Parteitemple, kurz um den gesamten Parteiparat. Häufe und Stöße spielen dabei eine nicht unerhebliche Rolle. Und wie es in Berlin ist, so wird es wohl überall im Lande sein. Auch die Berichte der unabhängigen Parteipresse, die aus einem gewissen, nur zu begreiflichen Schamgefühl mancherlei verschweigen, lassen erkennen, daß der Kampf offensichtlich täglich in hitzigeren Formen ausgefochten wird. Man streitet nicht mehr, sondern raust schon, und wo man es noch nicht tut, ist man nicht mehr weit davon entfernt.

Der Kampf um die Parteikasse

Aus Berlin wird berichtet: Am 30. September tagte die Mitgliederversammlung des 6. Distrikts der U. S. P. Die Gegenüber plägierten hart aufeinander. Weil ein Zusammenarbeiten im Distriktsvorstand unmöglich war — sechs waren für und drei gegen Moskau —, wurde der Antrag gestellt, aus der Mitgliederversammlung eine außerordentliche Generalversammlung zu machen, um die drei Gegner Moskaus aus dem Verband herauszubringen. Der Antrag drang durch. Die Moskowiten waren zahlreich mit Adolf Hoffmann an der Spitze erschienen. Es entspann sich eine äußerst heftige Debatte. Bei der Wahl wurde auch der langjährige Kassierer Meiner seines Amtes entsetzt, an seine Stelle wurde der Spektakel-Ladde gewählt. Von der Mehrheit wurde nun verlangt, daß Meiner sofort die Kasse abliefern. Nachdem Meiner unter Berufung auf seine lange Parteitätigkeit verweigert, innerhalb acht Tagen den Meißner und dem neuen Kassierer nach Abrechnung mit den Anteilungsbüchern die Kasse übergeben zu wollen, beschloß die Mehrheit, die Kasse sei sofort dem Meißner und dem neuen Kassierer zur Verfügung zu stellen. Sie beauftragte den neuen Kassierer Ladde und die Meißner — es war schon 11 Uhr nachts —, die Kasse aus der Wohnung Meiners abzuholen. Stadtrat Seele forderte nacheinander seine Anhänger auf, mit ihm den Saal zu verlassen, denn er wolle mit solchen Spitzbüben und Schalken nichts mehr zu tun haben. Hierüber großer Tumult. Alles drängte zur Tür, wo man sich gegenständig mit Häuten und Spagierbüden traktierte. Nach dieser merkwürdigen Vergeßlichkeit durch die moskowitzische Mehrheit rief ein Anhänger Meiner: „Lieber Moskau als Moskau!“ Weisheit Anhänger wurden nun auf die Straße hinausgedrängt und sammelten sich in der Nähe der Wohnung des Kassierers Meiner. Meiner wurde am Verlassen des Saales gehindert, da die Kassierverhältnisse noch nicht geregelt seien. Erst später wurde Meiner mit dem neuen Kassierer Ladde und den Meißner zur Abholung der Kasse nach seiner Wohnung geschickt. Meiner lieferte, um Meißner zu verhindern, die Kasse im Betrage von 3000 Mark an Ladde und seinen Anhang aus. Unter Anführung der Internationalen wurde Ladde, „am Eventualitäten vorzubeugen“, unter starker Bedeckung nach Versammlungsort nach seiner Wohnung begleitet.

Partei-politische Analphabeten und Papierfolianten

In der „Freiheit“ bekämpft ein Mitglied des Geschäftsrates den Ausschuss der U. S. P. für Groß-Berlin, M. Gellert, die Übernahme der Delegiertenwahlen durch Urabstimmung. Nach seiner Ansicht sind die Mitglieder der U. S. P. nicht reif genug, um über die Moskauer Aufnahmebedingungen entscheiden zu können. Bitterlich schreibt Gellert:

Machen wir uns nichts vor und geben wir zu, daß der Kreis unserer Mitglieder, welche als parteipolitische Analphabeten angesehen werden können, nicht die kleinste ist. Auch steht fest, daß es in den Reihen der U. S. P. D. Mitglieder an Papierfolianten nicht mangelt, d. h. Genossen, welche wohl ihre Beiträge entrichten, aber nicht das geringste Interesse für das haben, was in der Partei vorgeht.

Wie oft hat sich die U. S. P. gerühmt, daß in ihr die „Elite der Arbeiterschaft“, der „fortgeschrittenste Teil des Proletariats“ organisiert sei!

Nicht idiotisch genug

Die Moskauer Unabhängigen haben erklärt, daß sie „nicht idiotisch genug veranlagt“ sind, um unter des Moskauer Joch zu kriechen.

Lichtenstein Romantische Sage von Wilhelm Hauff

(Fortsetzung.)

Und so war in der Mitte des April nur Lützingen noch übrig; doch dieses hatte der Herzog stark besetzt; dort waren seine Kinder und die Schätze seines Hauses; dem Stern des Adels, vierzig modern, kampfbereiten Rittern, und zweihundert der tapfersten Landknechte war das Schloß anvertraut. Diese feste war stark, mit Kriegsvorräten wohl versehen, an ihr hingehielt die Blinde der Württemberg; denn aus diesen Mauern war ihnen schon manches Schöne und Herrliche hervorgegangen: von diesen Mauern aus konnte das Land wieder dem angefallenen Fürsten erobert werden, wenn es sich so lange hielt, bis er Entsatz herbeibrachte. Und dorthin wandten sich jetzt die Bündischen mit aller Macht. Ihre Gewappneten Schritte tönten durch den Schönbuch, die Täler des Neckars zitterten unter dem Hufschlag ihrer Mähne; auf den Feldern zeigten tiefe Spuren, wohin die schweren Feldschlangen, Falkonen und Bombarden, die Angel- und Pulverwagen, der ganze furchtbare Apparat einer langen Belagerung gezogen war.

Diese Fortschritte des Krieges hatte Georg von Sturmfeder nicht gesehen. Ein tiefer, aber süßer Schummer hielt wie ein mächtiger Zauber seine Sinne viele Tage lang gefangen; es war ihm in diesem Zustand wohl zu Mut, wie einem Kinde, das an dem Busen seiner Mutter schläft, nur hin und wieder die Augen ein wenig geöffnet, um in eine Welt zu blicken, die es noch nicht kennt, um sie dann wieder auf lange zu verschließen. Schöne, beruhigende Träume aus besseren Tagen gaulen um sein Lager, ein mildes, seliges Lächeln zog oft über sein bleiches Gesicht, und träumte die, welche mit langer Erwartung seiner pflegten.

Wir wagen es, den Leser in die niedere Hütte zu führen, die ihn gastfreundlich aufgenommen hatte, — und zwar am Morgen des neunten Tages, nachdem er verwundet worden war.

Die Morgenröte dieses Tages brach sich in farbigen Strahlen an den runden Scheiben eines kleinen Fensters, und erhellte das größere Gemach eines dürftigen Bauernhauses. Das Geruch, womit es ausgestattet war, zeugte zwar von Armut, aber von Reinlichkeit und Sinn für Ordnung. Ein großer, eichener Tisch stand in einer Ecke des Zimmers, auf zwei Seiten von einer hölzernen Bank umgeben. Ein geschminkt, mit hellen Farben bemalter Schrein mochte den

Sonntagsstaat der Bewohner, oder schöne, selbstgeponnene Weinwand enthalten; das dunkle Gefäß der Wände trug ringsum ein Bild, worauf blanke Banner, Weher und Platten von Sinn, irdenes Geschütz mit sinnreichen Reimen bemalt, und allerlei musikalische Instrumente eines längst verlassenen Juchens: als Zumbeln, Schalmellen und eine Piffer aufgestellt waren. Um den großen Kachelofen, der weit vorprang, waren reinliche Linnen zum Trocknen aufgehängt, und sie bedeckten beinahe dem Auge eine große Wandstelle, mit Gardinen von großgeblühtem Gewölbe, die im hintersten Teil der Stube aufgestellt war.

An diesem Bette sah ein schönes, liebliches Kind von etwa sechzehn bis siebzehn Jahren. Es war in jene malerische Bauerntracht gekleidet, die sich teilweise bis auf unsere Tage in Schwaben erhalten hat. Ihr gelbes Haar war unbedeckt und fiel in zwei langen, mit bunten Bändern durchflochtenen Zöpfen über den Rücken hinab. Die Sonne hatte ihr freundliches rundes Gesichtchen etwas gebräunt, doch nicht so sehr, daß es das schöne, jugendliche Rot auf der Wangen verbunfelt hätte; ein munteres blaues Auge blickte unter den langen Wimpern hervor. Weiße, saltentreiche Ärmel bedeckten bis an die Hand ihre schneidigen Arme, ein rotes Mieder, mit silbernen Ketten geschmückt, mit blendend weihen, zierlich genähten Linnen umgeben, schloß eng um den Leib; ein kurzes, schwarzes Röschchen fiel kaum bis über die Knie herunter; diese schmucken Sachen, und dazu noch eine blaue Schürze und schneeweiße Zwielstrümpfe mit schönen Anlebandern, wollten beinahe zu starklich ausfallen zu dem dürftigen Gemach, besonders da es Werttag war.

Die Kleine spann emsig feine glänzende Fäden aus ihrer Nadel, zuweilen lästete sie die Gardinen des Bettes, und warf einen verhöhlenden Blick hinein. Doch schnell, als wäre sie auf bösen Wegen erfunnen worden, schlug sie die Vorhänge wieder zu und strich die Falten glatt, als sollte niemand merken, daß sie gelauscht habe.

Die Türe ging auf, und eine runde, ältliche Frau, in derselben Tracht, wie das Mädchen, aber ärmlischer gekleidet, trat ein. Sie trug eine dampfende Schüssel Suppe zum Frühstück und ein selbste Teller auf dem Tische zurecht. Nebenher lief ihr Blick auf das schöne Kind am Bette, sie haunte sie an, und wenig hätte gefehlt, so ließ sie den Arm mit gutem Keffelwein fallen, den sie eben in der Hand hielt.

„Was fällt dir aber um Gottes Willa ei, Wärbel?“ sagte sie, indem sie den Krug niederlegte, und zu dem Mädchen trat. „Was fällt dir ei?“ daß de am Wertich da nua rauta Rod zum

Spinnu anziehst? und aus 's Wieder hat se an, und, ei daß bi — au a silberne Kette. Und ein frische Schurz, und Strümpf no so mit nig dir nig aus em Kasta reißa? Wer wird denn es solche Hochmut treiba, du dummes Ding, du? Woist du net, daß mer arme Tote find? und daß du es kind doma unglückliche Mann bist?

Die Tochter hatte geduldig die exzellente Frau ausreden lassen; sie schlug zwar die Augen nieder, aber ein schelmisches Lächeln, das über ihr Gesicht flog, zeigte, daß die Strafpredigt nicht sehr tief geah. „Ei, so laßst llich doch brüchta, antwortete sie, „was schabest's denn dem Rod, wenn i ihu au amal ama christliche Werlich achau? An der silberna Kette wird au nig erberbt, und da Schurz kann i jo wieder wäschal.“

„So? als wema et immer gnug 'wäschal und 'spinnu häit? So sag mer no, was ist denn in de g'fässa, daß de se strähst und schä machst?“

„Ah was!“ flüsterete das erdende Schwabenkind, „wisst Er denn net, daß heut der acht' Tag ist? Got et der Welt g'leit, der Junter werd' am heutig Morgen betwacha, wenn sei Tränke guete Wirtung häi? Und do hanna eba dentt —“

„It's um du Zeit?“ entgegnete die Hausfrau freundlich. „Da host warte reacht; wenn er verdrächt und nicht alles jo schultig und schampig, se it's et guet und kann! Bedruch ga' heim Kette. Nig sieh aus wie a Trach. Gangs Wärbel, hol mer mei schwarz Wammes, mei rautis Mieder und en frische Schurz.“

„Aber Wärbel“, gab die Kleine zu bedenken. „Er werd' verdrächt häi? Ganget lieber uff und teant Jä droba an, i sieh demel bei em.“

„Da host au reacht, Mädle“, murrte die Witte, ließ sieh das Frühstück stehen und ging, um sich in ihren Bus zu werfen. Die Tochter aber öffnete das Fenster der frischen erquickenden Morgenluft, sie streute Futter auf den dreien Sims, viele Tauben und Sperlinge flogen heran und besetzten mit Gurren und Zwitschern ihr Frühstück; die Reden in den Wärbel vor den Fenstern antworteten in einem vielstimmigen Chor, und das schöne Mädchen sah, von der Morgenröte umstrahlt, lächelnd ihren kleinen Kostgängern zu.

„In diesem Augenblick öffneten sich die Gardinen des Bettes, der Kopf eines schönen jungen Mannes sah heraus; wir konnten ihn, es ist Georg.“

(Fortsetzung folgt.)

Die Not...
Sollte so...
Die Zente...
Die weite...
Der Kampf...
In einem...
Zu einem...
Sollten Sie...
Zu einem...
Zur Behän...

Die weite...
Der Kampf...
In einem...
Zu einem...
Sollten Sie...
Zu einem...
Zur Behän...

Die weite...
Der Kampf...
In einem...
Zu einem...
Sollten Sie...
Zu einem...
Zur Behän...

Die weite...
Der Kampf...
In einem...
Zu einem...
Sollten Sie...
Zu einem...
Zur Behän...

Die weite...
Der Kampf...
In einem...
Zu einem...
Sollten Sie...
Zu einem...
Zur Behän...

Die weite...
Der Kampf...
In einem...
Zu einem...
Sollten Sie...
Zu einem...
Zur Behän...

Die weite...
Der Kampf...
In einem...
Zu einem...
Sollten Sie...
Zu einem...
Zur Behän...

Die weite...
Der Kampf...
In einem...
Zu einem...
Sollten Sie...
Zu einem...
Zur Behän...

Die weite...
Der Kampf...
In einem...
Zu einem...
Sollten Sie...
Zu einem...
Zur Behän...

Kommunistische und unabhängige Moskauer-Stipendiaten
 Die „rote Fahne“ gibt zu, daß unsere russische Bruderpartei uns finanziell unterstützt hat“ und fügt daran folgende Bemerkung:
 „Sollte schließlich die „Freiheit“, die diese ganze Diskussion nicht nach unserem Wunsche und nicht zu ihrer Freude herausgegeben hat, es wünschen, so sind wir bereit, unter den prominenten, heute gegen Moskau wetternden Führern des rechten Flügels solche Namen öffentlich zu nennen, die recht erhebliche Geldsummen von der kommunistischen Partei Russlands angenommen haben.“
 Das ist eine Drohung und ein Angebot: Rede du nicht mehr von meinen Stipendien, so werde ich von den deinen nicht mehr reden.

Das „Gnadengesuch nach Moskau“
 Die Zentralkommission der U. S. F. D., d. h. augenblicklich die rechtsgerichtete Mehrheit, veröffentlicht in der „Freiheit“ einen neuen Aufruf an ihre Parteigenossen, in dem sie sich entschließen, die Einmischung der Moskauer in ihre Parteianglegenheiten zu vermeiden. Dazu heißt es sehr energisch:
 „Wir weisen es zurück, daß fortgesetzt aus Moskau Urtatsachen nach allen Ländern geschickt werden mit Beschimpfungen solcher Genossen, die sicherlich die Verhältnisse in ihrem Lande mindestens ebenso gut kennen, wie die Genossen des Exekutivkomitees in Moskau. Denn wer würde sich als revolutionärer Sozialist bezeichnen, ein Gnadengesuch nach Moskau zu schicken.“

Vollschweifensführer in Halle
 Der Post von Moskau ist offenbar der Meinung, daß er sich von dem Parteitag in Halle seine Herrschaft über die deutschen Parteimitglieder antun muß. Die Berliner „rote Fahne“ veröffentlicht eine Depesche der dritten Internationale an das Exekutivkomitee der U. S. F. D., wonach das Exekutivkomitee der kommunistischen Internationale beschlossen hat, zum Parteitag in Halle die Genossen Sinowjew und Bucharin als seine Vertreter zu entsenden.
 Schimmer, als es hier geschieht, kann Moskau den Unabhängigen seine Verachtung nicht mehr ausdrücken. Der unabhängige Parteivorstand hat ausdrücklich beschlossen, die Moskauer nicht einzuladen. Die Herren von Moskau pfeifen auf die Beschlüsse der Parteileitung. Lenin sendet seine Kardinals, um durch die Verpöndung der Unabhängigen leiten und das Diktat über die Trümmer übernehmen zu können.

Deutsche und russische Verhältnisse
 In einem Artikel „Die deutsche und russische Bourgeoisie“ legt die unabhängige „Leipziger Volkszeitg.“ (Nr. 201 vom 1. 10. 20) dieses Eingekleidete ab:
 „Was in Russland vieldesig in vierundzwanzig Stunden gelang, bedeutet hier (in Deutschland) ein Rinnen von Jahrzehnten; was dort der Handreich vermocht, erreicht hier nur ein verzweifelter Festungskrieg. Die russischen tatsächlichen Methoden können uns deshalb nie das Vorbild geben; denn die Taktik kommt für jede Kampfpartei der Gegner, ihre Stärke und sein Schwächen. Die Gegenwehr aber, auf die das westeuropäische Kapital in seinem Verweirungskampf stößt, ist eine ganz andere, als die der russischen Arbeiter vorzugehen haben. Wir werden unseren Kampf und nicht den der Russen zu führen haben, und ihr besten glückliche Durchführung sind wir selbst verantwortlich, nicht aber dem kommunistischen Generalstab in Moskau!“

Die „Schwarze Hand“ und Lebebour
 In einem Leitartikel in der „Freiheit“, in dem Lebebour seine Parteigenossen vor dem Anschluß an Moskau warnt, bringt er einen Brief vom Abdruck, der ihm zugeandt wurde und in dem er heißt:
 „Guten Sie sich! Wir müssen zur nächstfolgenden Diktatur und Union kommen. Die Führer haben ein gewisses Recht auf Personalwahl, aber wenn Sie und Ihre Richtung zu weiter handeln, kann ein Tag, der gar nicht mehr so weit feiert, die Zeitungen sehen: Lebebour, Silberstein, Kauffisch usw. sind nun aber im Auftrag des Exekutivkomitees der revolutionären Arbeiter wegen politischer Verbrechen erschossen worden!“
 Herr Lebebour fügt hinzu:
 „Ich habe durch die Organisation nachprüfen lassen. Der Briefschreiber ist seit 1915 in der U. S. F. D. organisiert. Er ist auch aus freien Stücken auf der Redaktion der „Freiheit“, erschienen, wo er seinen Brief verteidigt und ausdrücklich versichert, er habe nicht allein. Er habe sich mit andern Genossen verständigt.“

Zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten
 Der Vorstand des Bundes deutscher Frauenvereine hatte zur Frage der bevorstehenden Gesetzgebung zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten unter Vorsitz von Frau Heber (Heibelberg) eine Konferenz sachverständiger Frauen aus ganz Deutschland einberufen. Als erste Referentin sprach Frau Meta Kraus-Jessel, Regierungsrat im preussischen Ministerium für Volkswohlfahrt, über den „Stand der Geschlechtsfrage“. Die letzte Ausbreitung der Geschlechtskrankheiten veranlaßte die erste Gesetzesvorlage zur Bekämpfung, die dem Reichstag im Februar 1918 zuging. Sie kam nicht über die Ausschussberatung hinaus. Eine Verordnung vom 11. Dezember 1918 brachte den Anzeigepflicht und Behandlungsparagrafen bei erfolgloser Anzeigepflicht. Er kam bisher nur bei Frauen in Anwendung mit einziger Ausnahme von Dresden.
 Jetzt liegt dem Reichstag ein neuer Entwurf vor. Die Behandlungs- und Gefährdungsparagrafen sind erweitert, ferner ist angedroht das Verbot der Kurpfuscher, das Anzeigepflicht des Arztes, die Schweigepflicht der Beratungsstellen, das Gesundheitszeugnis für Frauen. Nicht so genau sind die Bestimmungen über die Untersuchung der Kinder. Nach Untersuchung von Dr. Roeder waren 1917 von 3000 Neugeborenen 20 Prozent syphilitisch. Da die Krankheit nicht immer äußerlich erkennbar, sei die Untersuchung aller Mütter mit Wassermannsche Reaktion zu erstreben.
 Ein Antrag Dr. Drewe, Dr. Käthe Schirrmacher verlangt das Anzeigepflicht bei jeder Geschlechtskrankheit. Eine andere Entscheidung will eine öffentliche Anzeigepflicht. In einem Entwurf ist solche durch einstimmigen Beschluß der Landesversammlung seit 12. April 1920 eingeführt.
 Die Beobachtung ist dem ausgefallenen Pflichten zu übertragen, das dem Gesundheitsamt angeschlossen werden muß. Ferner hätten hier wie in dem zu bildenden ärztlichen Beirat an maßgebender Stelle mitzuwirken. Ueber „Medizinische Gesundheitsfragen zur Frage der Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten“ sprach Frau Dr. med. Marie Kaufmann. Wir aus dem Verständnis der Gefahr waren die Frauen bisher passiv. Sie müßten geschlossen für die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten eintreten, durch die sie und ihre Kinder so viel leiden. Nach dem Untersuchungsstand ist jedes 25. Kind jetzt syphilitisch. Die Verantwortung der Anzeigepflicht liegt darin, daß im Willen zur Geheimhaltung die ganze Männerwelt solidarisch ist. In den besseren Ständen ist die Anzeigepflicht geringer, nicht weil die Krankheit dort seltener ist, sondern weil die Männer

Lebensmittelpreise und Lebensmittelfragen

Landwirtschaft und Kartoffelpreis — Unmut in der Landwirtschaft über die Kritik an den Erzeugerpreisen — Landwirtschaft und Preisabbau — Die materielle Lage der Landwirtschaft

Mit gleicher Post erhielten wir am Sonntag zwei Zuschriften, die wir beide nachstehend zum Abdruck bringen wollen. Die erste stammt von einem unserer Parteifreunde in Lieboldsheim, der selbst Landwirt ist, die andere von einem Beamten, der seinen Namen unter die Zuschrift gesetzt hat. Die beiden Zuschriften offenbaren ganz drastisch den Gegensatz, der heute zwischen Konsumenten und Produzenten von Lebensmitteln herrscht.
 Unser Lieboldsheimer Parteifreund schreibt:

Zu Ihren Artikeln über die Kartoffelnot erlaube ich mir einige Worte zu sagen. Sie machen in Ihrem heutigen Artikel den Bauern den Vorwurf, sie wollten warten, bis der Preis 45-50 M beträgt. Ich bin nun schon ein volles Jahr arbeitslos und plage mich förmlich in der Landwirtschaft herum, doch ich muß sagen, daß ich in unserer Gemeinde niemand kenne, der mehr als 30 M pro Zentner erhalten hat. Ich möchte nun doch ein kleines Bild von dem Gang der Arbeit von der Saat bis zur Ernte entwerfen. Im Herbst wird der Acker gepflügt und im Frühjahr zur Saat wieder. Der Preis dafür beträgt nach Tarif pro Ar 1 M. Nehmen wir als Beispiel ein Grundstück von 10 Ar, so haben wir den Betrag von 10 M. Das Gegen nach der Saat 3 M, drei Fuhren Düng 15 M, zur Saat braucht der Bauer 2 Zentner Kartoffeln, also 50 M. Nun kommt das Anstandsgehalt des Aders. Dazu ist ein dreimaliges Hacken notwendig. Es brauchen zum einmaligen Durchhacken 2 Personen 12-15 Stunden und zwar anstrengende Arbeit. Außer dieser Arbeit besteht der Bauer auch noch seinen Viehstand, was ebenfalls seine Zeit in Anspruch nimmt. Wir wollen für diese Arbeit nur 30 M Tagelohn rechnen, so haben wir wieder den Betrag von 180 M. Zum Ausmachen der Kartoffeln brauchen zwei Personen bei guter Arbeit 4 Tage, also den Lohn gerechnet von 240 M. Das Heinsführen, 2 Fuhren, gibt den Betrag von 10 M. Nun kommt die Hauptausgabe und zwar 3 schwere Wagen Düng, die heute zum mindesten den Preis von 500 M kosten, dazu 3 Zentner künstlicher Dünger zum Preis von 150 M. Wir hätten somit einen Betrag der Ausgaben von circa 1150 M und zwar glaube ich, daß alles so ziemlich minimal gerechnet ist. Nun zum Ertrags. Den Ertrag in einem guten Jahr zu 5 Zentner pro Ar gerechnet, ergibt den Ertrag von 50 mal 25 M gleich 1250 M. Das wäre also ein Ueberschuß von 100 M. Wo bleibt dafür die Aebdung und Schubwerk einer Familie, Steuern, Gehälter, bei Wieten die teure Miete usw. Wo suchen Sie jetzt den Mueher? Wenn Händler und Speisier die Preise verdoppeln, dafür ist der Bauer doch nicht verantwortlich. Wenn natürlich Großkapitalisten Mueherpreise bieten, würde sie auch der Städter nicht zurückweisen, davon bin ich fest überzeugt. Dann ist zu allerletzt der „Volksfreund“ dazu da, täglich solche unmögliche Kritiken zu bringen. Denken Sie an die vielen Arbeiter, die wieder auf ihr Land vertrieben wurden, fragt sie, ob sie nicht gerne wieder zurückgehen als Arbeiter in die Städte. Ich glaube es gingen jeder mit Freude. Einmal ein Artikel genügt auch, doch täglich, das ist zu viel. Denken Sie an unsere Parteigenossen, die hinter dem Rücken ihr Brot verdienen müssen, und die sicher alle mit Ihnen tauschen würden, ich würde es wenigstens sofort. Das gleiche wie von den Kartoffeln durften wir auch vom Getreide hören. Meine Eltern haben im vergangenen Jahr drei Zentner Getreide zu 78 M dem Kommunalverband, Weiz drei der Arbeiter? Ist er zufrieden mit den Beträgen, die zwischen dem Ankaufspreis von Getreide und dem Verkaufspreis von Brot stehen? Ich glaube, auch solche Sachen gehören an die Öffentlichkeit. Es ist in diesem Jahre etwas besser, jedoch zum Leben zu wenig und zum Sterben zu viel.

Der Preisabbau
 Von Finanzamtmann Kohler-Baden-Baden
 Wenn man die Landwirtschaftskammer, den Bauernverein und andere Interessentvertretungen der Landwirte hört, so könnte man meinen, der Bauer allein sei an der Deuerung aller Lebensbedürfnisse unschuldig; nur die in Folge der hohen Löhne teuren Preise der von ihm benötigten industriellen Erzeugnisse sind es, die ihn ganz gegen seinen Willen nötigen, die hohen Preise auch für seine Erzeugnisse zu fordern, um nicht zugrunde zu gehen; dazu die Händler und die bösen Hamsterer, die sich gar nicht genug tun können, dem Bauern die höchsten Preise ganz gegen seinen Willen aufzudrängen, weil sie möglichst viel Geld los werden wollen.

Da sind nun die Vorgänge des letzten Vierteljahres unmein lehrreich:
 Wenn man auch die Kramasse und Blinderungen, die nicht immer Schuldige, nie aber die Hauptschuldigen in Mitleidenschaft ziehen, nicht billigen kann, so haben sie doch zusammen mit dem sogenannten Käuferstreik den dankenswerten Bemühungen vor allem der sozialistischen Parteien für Preisabbau den leider nötigen Nachdruck beifügen; zwar sind viele Hoffnungen, die bei seiner Einleitung auf den Preisabbau gesetzt worden sind, nicht in Erfüllung gegangen, aber es läßt sich nicht bestreiten, daß die Preise einer ganzen Reihe von Bedarfsartikeln im letzten Vierteljahr ganz bedeutend gesunken sind. Da wäre zu erwarten gewesen, daß auch die Lebensmittel wie Fleisch, Eier, Obst, Kartoffeln und das nur „hinten herum“ zu erhaltende gute Mehl nachgefolgt wären.
 Ist eine solche Ermäßigung der Lebensmittelpreise nun eingetreten? Weit gefehlt! Die Preisstreber in allen Erzeugnissen der Landwirtschaft nimmt vielmehr immer tollere Formen an; Fleisch und Eier sind bereits nur noch für Leute mit glänzenden Einkommen erschwinglich, wenn nicht noch dringendere Ausgaben unterbleiben sollen, Mehl und Obst fast ebenso und die Kartoffeln sind im Begriffe zu folgen. Was für ein Winter denen bevorsteht, die nicht zu den Bevorzugten gehören, mag sich jeder selbst ausmalen.

Natürlich sind es auch diesmal wieder die Händler und die bösen Hamsterer, die diese Preissteigerung verschulden; soll man wirklich glauben, daß diese so dumm wären, die höchsten Preise anzulegen, wenn sie nicht wüßten, daß der Bauer solange nichts verkauft, als er hofft, es werde noch einer kommen, der in noch größerer Not zu noch höherem Angebot gezwungen ist. Den möchte ich sehen, der für den Zentner Kartoffeln 45 M bietet, wenn der Bauer bereit wäre, ihn für 25 M abzugeben! Nein, meine Herren von der Landwirtschaft, so dumm ist selbst der Städter nicht! Ebenförmig wie ihm verborzogen geblieben ist, daß in der Zeit, wo die Preisbestanden ihre keinen sauren Erparnisse haben aufheben und Schulden machen müssen, der Bauer seine Schulden abbezahlt und Verzinsen angeammelt hat; wer unter Bauern lebt oder sonst mit ihnen Verkehr pflegt und so Einblick in die Verhältnisse erlangt, der weiß, wo das massenhaft gedruckte Papiergeld wie früher das Gold- und Silbergeld hinfommt, denn er weiß, daß in gar manchen Bauernhaus Küche, Kommode- und Tischschubladen voll Papiergeld zu sehen sind; da ist es sicherer, als auf der Sparkasse, wo es heute dem scharfen Blick des Steuerbeamten nicht mehr so leicht entgehen kann, selbst wenn man alle verborgenen und nicht vorhandenen Kindern bis zum Säugling herab ihr eigenes Konto anlegt.

Nun ist bereits wieder von Lohn- und Gehaltssteigerungen die Rede; die Preise der industriellen Erzeugnisse müssen folgen; wer wundert sich da?
 Darum gibt es keine Möglichkeit für ein Fortschreiten des Preisabbaues, keine Rettung für unser geplagtes Vaterland, solange bis der Bauer nicht mehr nur darnach frimt, wie die höchsten Preise für seine Erzeugnisse zu erlangen seien; wenn hier diese Einsicht aufdämmert nötigenfalls unter kräftiger Nachhilfe, dann werden auch Arbeiter und Beamte, die ja das Entbehren schon während des Krieges zur Genüge gelernt haben, mit Freuden bereit sein, ihre Forderungen soweit herabzumindern, daß der Preisabbau weiter fortschreiten kann. Also, ihr Bauern, an Euch ist nun die Reihe!

Zu der Zuschrift unfres Lieboldsheimer Parteigenossen sei kurz bemerkt: Uns wäre es sehr lieb, wenn wir nicht einen kritisch gehaltenen Artikel gegen das Verhalten großer landwirtschaftlicher Kreise wegen der Preise und der Ablieferung von Lebensmitteln zu bringen bräuchten. Aber die Not in den Städten und Industriebezirken wächst zusehens, sie läßt, wenn sie sich nicht mildert, im Winter schlimme Dinge befürchten. Daß es auch recht verständige Landwirte gibt, haben wir wiederholt betont; leider müssen wir aber konstatieren, daß Habgier und Unvernunft auch in landwirtschaftlichen Kreisen geradezu bewirkend eingreifen sind. Wir gönnen den Landwirten gewiß einen solchen Preis für ihre mühselig gebauten Produkte, daß sie dabei gut bestehen können. Wir haben noch nie behauptet, daß die kleinen Landwirte auch bei den heutigen Preisen besondere Reichtümer sich erwerben. Aber diese kleinen Landwirte

mehr Einsicht in die Krankheit haben. 90 Proz. aller Syphilitiker sind nicht genügend ärztlich behandelt, hier muß der Staat eingreifen. Es handelt sich darum, daß die ankündenden Frühfälle zur Anzeige und Behandlung kommen. Bei der Unsicherheit der Diagnose und Heilung der Gonorrhö sei für diese eine Anzeigepflicht nicht zu fordern. Da sie die Frau unfruchtbar macht, liegt hier keine Gefahr für die Nachkommenschaft vor. Die diskrete Meldepflicht ist durch Ausbau der vorhandenen Beratungsstellen möglich.
 Zum Schluß gelangte folgende Entschliessung einstimmig zur Annahme: „Die Anwesenden treten für die dem Bundes deutscher Frauenvereine aufgestellten Forderungen für eine zu erwartende reichsgesetzliche Regelung der Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten ein und erwarten neben der Aufhebung der Neglementierung der Prostitution mit allen eventuell auf dem Verwaltungswege gegen die Frauen gerichteten Ausnahmebestimmungen, insbesondere der tragende gearteten Kastenierung, die Einführung der diskreten Anzeigepflicht, des Behandlungszwanges und von der Polizei getrennter Pflegeämter in Stadt und Land.“

Theater, Kunst und Wissenschaft

Volksbühne Karlsruhe.
 Neu einstudiert: „Stein unter Steinen“
 Schauspiel in 4 Akten von Hermann Sudermann

Mit der Wahl dieses Wertes hat die Leitung der Volksbühne wieder eine glückliche Hand bewiesen. Man mag sich Sudermann gegenüber begründete Reserve aufwerfen, an der Wirkung vieler seiner Schöpfungen auf eine entsprechend zusammengesetzte Zuhörerschaft nicht zu rütteln. So gehört das vorliegende Stück zu seinen lebendigsten, und wir würden sein Verschwinden aus dem Repertoire bedauern. Es bringt genügend Handlung, enthält dramatisch potende Szenen, weiß zwischenhinein die Herzen in schöner Nahrung schmelzen zu lassen, stellt ein dem Volk gemähes Miteid dar. So allem: Es predigt ein hohes Ethos. Die entlassenen Strafgefangenen gehören zu den Verurteilten der Armen. Die Fürsorge der Vereine wird nur allzukauflich durch die Unvernunft der Menschen paralytisiert, die dem Schuldbeladenen die Rückkehr in die bürgerliche Gesellschaft brutal verweigern. Daß ein Verbrecher, in dessen Herzen noch ein edler Funke glüht, durch die Liebe der Menschen wieder auf den rechten Weg geleitet werden kann, wird uns hier wieder

„und ist ein Mensch gefallen, führt Liebe ihn zur Pflicht.“ Die Gefahr des gänzlichen Verfallens der Vorbekannt ist sehr groß, und das ganze Stück hindurch sehen wir den unglücklichen Helden zwischen den zwei Möglichkeiten des Abfalls und des Aufstiegs pendeln, bis am Schluß die Umstände sich günstig für ihn gestalten.

Die Aufführung hatte Herr Herz besorgt; seine feinfühligste Hand zeigte sich in der sichern Festhaltung des realistischen Stils, der besonders in Einzelheiten sowohl des Spiels als der Szene liebevolle Kleinarbeit verrät. Herr Baumbach gab den Jakob Wiegler mit fabelhafter Echtheit, schon im Verker: Zuchthausfarbe, Spitalbart, tiefliegende, schwarzumrandete Augen; dann die gebrochene Stimme, das schone, geängstigte Wesen des geprägten Hundes, die Apathie und der stiere Blick des Hoffnungslosen. Die vollendete Art, wie er die zerrüttete, hart gewordene Seele dieses Unglücklichen widerspiegelt, wie beim Entgegenbringen von Verständnis und Mitleid sich Wesen sich dankbar verklärte, wie er Sehnsucht nach Arbeit und Ehrbarkeit erkennen ließ, zeigen Baumbach auf der Höhe künstlerischer Einfühlung. Der Künstler darf diese dankbare Rolle zu seinen besten zählen. Neben der Hauptfigur steht eine Zahl prächtiger Typen, alle ausgezeichnet durch einen scharfen Realismus, der der Erfindung und der Beobachtungsgabe der Darsteller lohnende Aufgaben stellt. Da wäre vor allem der gültige Menschenfreund und Wohlthäter Janke zu nennen, den Herr Söder schlicht und gemüht spielt. (Ist es eigentlich soch edle Naturen noch auf der Welt?) Die Rolle seiner Tochter Marie mit der feilischen Gebrochenheit und der aus Unglück geborenen Viskertheit war in die verlässigen Hände des Art. Müller gelegt. Groß und brutal hatte Paschen den Hohlhoh Götting angelegt, den Tyrannen des Verfalls, den Schürzenjäger, das Grogmanu, den Schuft; ein ebenso prächtiger Vertreter jener bürgerlichen Fassaden-Ehrbarkeit, wie der dauernd benebelte, innerlich faule, aber bis ins Mark königstrenne Nachwächser Eickholz, der immer auf seine Respektlichkeit und seine Dienstmedaillen pocht. Herr Dapper machte eine wirklich gute Figur daraus. Der Lore des Art. Baderte wäre einfaches Wesen und warme Empfindung nachzuräumen, besonders da, wo ihr Gefühl aus dem verhärteten Herzen bricht. Es wäre noch der edle, weinföhlliche Kriminalkommissar unfres als Charagenspiel an Wandlungsfähigkeit kann zu übertreffen haben Herr Gernede zu nennen, sowie der geborene Verbrecher und unverbesserliche Zuchthäuser Strube des Herrn Paul Müller, dessen absonderliche Philosophie gute Heiterkeitserfolge erzielte. Mit der verdächtigen Wirtschaftlerin des Art. Roormann, dem aut gezeichneten Polier v. d. Treude

Brudhial

Mühlkontrolle. Zur Zeit werden die Mühlen in der Erndfelder Gegend sehr streng kontrolliert.

Offenburg

Einigung der badischen Bauernschaft. Am Sonntag fanden in Offenburg Verhandlungen zwischen den Landesauschüssen des badischen Bauernbundes und des badischen Bauernvereins statt.

Aus der Stadt

Karlsruhe, 5. Oktober.

Sozialdemokratischer Verein

Morgen, Mittwoch, abends halb 8 Uhr, im kleinen Festsaal Gaupetersammlung. In derselben wird der russische Schriftsteller Gen. Gallin über 'Krieg und Revolution in Sowjetrußland' referieren.

Aus der letzten Stadtratsitzung

Badische Woche. Der Stadtrat dankt allen denen, die an dem Jubiläum und der Durchführung der 'Badischen Woche' sowie den damit verbundenen Veranstaltungen beteiligt waren.

Erwerbslosenfürsorge. Der Stadtrat erklärt sich damit einverstanden, daß den langfristigen Erwerbslosen nach Maßgabe der vom Reichsarbeitsministerium erlassenen Ausführungsbestimmungen eine einmalige außerordentliche Beihilfe gewährt wird.

Kartoffelverfälschung. Wegen Beschaffung einer Winterreise an Kartoffeln für den Teil der Bevölkerung, der nicht in der Lage ist, sich größere Vorräte in den Keller einzulegen, wird eine Vereinbarung mit dem hiesigen Großhandel getroffen.

Kinderschutzkommission. Am Donnerstag mittags 2 Uhr treffen sich sämtliche Genossinnen bei Genossin J. Schleiching.

Klubpur. Der hiesige Arbeiter-Turnverein hielt am Sonntag im Waldhof eine Herbstfeier ab, die sich eines überaus guten Besuchs erfreute.

Colosseum. Die rührige und geschickte Direktion der deutschen Bühne Colosseum gibt sich unermüdet Mühe, das allmonatlich wechselnde Programm stets interessant und unterhaltend zu gestalten.

Wahre Nachfahren schallen durch das Haus und in frühesten Erinnerung verläßt das Publikum den Saal.

Der also gelegentlich einmal ein paar Stunden die bitteren Alltagsorgen vergessen und sich zu amüsieren will, dem ist ein Besuch des Colosseums wirklich zu empfehlen.

Das bühnenüberkaufte Haus fargte nicht mit wohlbedienten Beifallsbezeugungen.

Verlegung des Schuljahresbeginns auf 1. Mai. Wie die 'Badische Landeszeitung' hört, bereitet das Unterrichtsministerium in Ausführung des Gesetzes über die vierjährige Dauer der Grundschule eine Verlegung des Schulbeginns für Volksschulen und höhere Lehranstalten auf den 1. Mai 1921 vor.

Ausgedehntes Schieferwerk. Von Beamten des Landespreisdienstes hier, die erst kürzlich ein großes Schieferwerk hier auszuheben und 25 Beteiligte in Unterjuchungshaft abführen, wurde neuerdings eine weitverbreitete Sabotageaktion festgestellt.

Erzelsior-Diele. Als erstklassiges Weinrestaurant wurde am Samstagabend die 'Erzelsior-Diele' in ehemaligen Kaffee Erbsing eröffnet und es ist nicht zu viel gesagt, wenn man behauptet, daß damit unsere Stadt um eine weitere interessante Sehenswürdigkeit bereichert wurde.

Das Karlsruher Landestheater an den Landtag. Die Follage des Chorleiters und Ballettperforan als an unseren Theatern war bereits vor dem Kriege eine sehr große. Durch unsere wirtschaftliche Notlage ist jedoch ins Unermessliche geraten.

Der Deutsche Chorleiter- und Ballettverband hat deshalb an den Landtag (der juristischen Zuständigkeit halber wohl und an die Stadtgemeinde) eine Petition gerichtet, in der unter Erläuterung der Verhältnisse gebeten wird, die Absichten des Ministeriums nicht zu genehmigen und beschließen zu wollen.

Lezte Nachrichten. Der Kommunist Eisenberger verurteilt. München, 5. Okt. Der Prozeß gegen den kommunistischen Landtagsabgeordneten Eisenberger fand gestern in später Abendstunde seinen Abschluß.

Kartoffeldemonstrationen in der Pfalz. Berlin, 5. Okt. (Schwabe-Telegramm.) Wie gemeldet wird veranlaßten die Gewerkschaften in der Pfalz wegen der Kartoffelpreise Demonstrationen in der Pfalz.

Eine Ladung Gold. Berlin, 5. Okt. Einem Pariser Telegramm zufolge, hatte der im Hafen von Boulogne eintreffende dänische Frachtdampfer 'Retrel' 6000 Kg. Goldbarren an Bord.

Kämpfe in Armenien. Amsterdam, 5. Okt. Einer Timesmeldung aus Konstantinopel zufolge bestätigt es sich, daß Kasim Karabekir Paschas reguläre Truppen in Stärke von 15000 bis 20000 Mann die armenische Grenze überschritten und Oltz eingenommen haben.

Valuta-Bericht vom 4. Oktober. Die Mark notierte heute in der Schweiz ca. 10.15. Auszahlung Holland notierte etwa 19.05. Auszahlung Schweiz notierte etwa 9.85.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte vom 5. Oktober 1920. Durch die südwärts gerichtete Bewegung des Hochdruckgebietes ist unser Gebiet gestern unter den Einfluß hohen Druckes gekommen.

Wasserstand des Rheins. Schusterinsel 180 Btm., gef. 13 Btm.; Rehl 281 Btm., gef. 8 Btm.; Marau 458 Btm., gef. 11 Btm.; Mannheim 388 Btm., gef. 10 Btm.

Briefkasten der Redaktion. Spitzfrage. Ein Nachbar ist nicht berechtigt, Hühner, Gänse oder dergleichen, wenn sie in sein Grundstück laufen, wegzufangen, zu beschädigen oder gar zu erschlagen.

Verbandsangelegenheiten. Karlsruhe. (Gewerkschaftsartikel.) Am Donnerstag, den 7. Oktober abends 1/8 Uhr Vertreterversammlung im Gasthaus zur Goldenen Krone, Amalienstraße.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe. Beschließungen. Karl Jösch von Obermühlbach, Straßenführer hier, mit Emma Weiß von Kleinfeldbach.

Spielplan. Dienstag, Donnerstag, Freitag. Der Tanz in den Abgrund. Tragödie in vier Akten von Karl Figgdor.

Der Frauenspekulant. Drama in vier Akten. Mittwoch, den 6. Oktober. Sonder-Spielplan. 5739.

Arbeiter! Werbet für den 'Volksfreund'.

Gebrüder Jung Bankgeschäft. Karlsruhe i. B. Kreuzstraße 4. Tel. 3505 u. 3504. Auch nachmittags geöffnet.

Sür Postierer u. Tapezierer. Rehhaare u. Kunstwolle. Zwei Wand-Uhren. Chaiselongues. Rinderbett.

Bekanntmachung. Die weitere enorme Steigerung des Most-Obstes veranlaßt unterzeichneten Verein den Preis für Apfel-Most den erhöhten Gestehungs-Kosten Rechnung tragend zu erhöhen.

211 Kaisersstraße 211. Spielplan. Dienstag, Donnerstag, Freitag. Der Tanz in den Abgrund. Tragödie in vier Akten von Karl Figgdor.

Gebrüder Jung Bankgeschäft. Karlsruhe i. B. Kreuzstraße 4. Tel. 3505 u. 3504.

Sür Postierer u. Tapezierer. Rehhaare u. Kunstwolle. Zwei Wand-Uhren. Chaiselongues. Rinderbett.

Bekanntmachung. Die weitere enorme Steigerung des Most-Obstes veranlaßt unterzeichneten Verein den Preis für Apfel-Most den erhöhten Gestehungs-Kosten Rechnung tragend zu erhöhen.

211 Kaisersstraße 211. Spielplan. Dienstag, Donnerstag, Freitag. Der Tanz in den Abgrund. Tragödie in vier Akten von Karl Figgdor.

